

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Unternehmer fordern Koordinierung des "roten Handels"

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1965) : Unternehmer fordern Koordinierung des "roten Handels", Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 45, Iss. 6, pp. 281-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133487>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturpolitik ist wie jede Politik eine „Kunst des Möglichen“. Es wäre daher falsch, zu erwarten, daß Modellvorstellungen aus der Theorie der Wirtschaftspolitik in diesem Bereich verwirklicht werden könnten. Doch es scheint so, als wenn der Maßstab des als „möglich“ Erachteten von den politisch verantwortlichen Organen der Wirtschaftspolitik allzu niedrig gesetzt worden ist. Es wäre ein bedauerliches Selbstzeugnis für unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, wenn die bisherigen Lösungen das erreichbare Maximum darstellen würden.

Hans-Jürgen Schmahl

KURZ NOTIERT

Unternehmer fordern Koordinierung des „roten Handels“

„Realismus, Differenzierung, Anpassungsfähigkeit und Zusammenarbeit — das müssen die Hauptkriterien für eine gemeinsame Osthandelspolitik der OECD-Länder sein“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Europäischen Vereinigung für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung (CEPES) und ihrer Schwesterorganisationen, dem amerikanischen Committee for Economic Development (CED) und dem japanischen KEIZAI DOYUKAI. Die diesen Vereinigungen angehörenden Unternehmer fordern in einer soeben in Frankfurt/Main unter dem Titel „Ost-West-Handel: Eine gemeinsame Politik für den Westen“ veröffentlichten Schrift die Einrichtung eines neuen OECD-Ausschusses (Committee for East-West-Trade) zur Koordinierung der Osthandelspolitik. Angesichts der besonderen Bedeutung, die dieser Erklärung nicht zuletzt im Hinblick auf die Entspannungsbemühungen zwischen Ost und West zukommt, veröffentlichen wir nachstehend die wichtigsten Gedanken der CEPES-Forderung.

Eine Expansion des Osthandels, so heißt es von seiten der CEPES, die von den Unternehmern grundsätzlich bejaht werde, verlange im Interesse des Westens eine verstärkte Zusammenarbeit. Der zu gründende OECD-Ausschuß könnte dieser Aufgabe am besten gerecht werden. Ihm soll eine beratende Gruppe aus der Wirtschaft assoziiert werden, damit gewährleistet ist, daß die private Industrie und der Handel die Arbeiten direkt verfolgen und beeinflussen können. Gleichzeitig soll er dem notwendigen Informations- und Erfahrungsaustausch dienen. In dem Business and Industry Advisory Committee (BIAC) bei der OECD besteht bereits ein entsprechender Ausschuß, dem auch die neuen Funktionen übertragen werden könnten.

Für dringend erforderlich wird eine Übereinkunft der westlichen Regierungen über die Kreditbedingungen gehalten. Hier weichen allerdings die Ansichten der einzelnen Vereinigungen voneinander ab. Während das amerikanische CED die Kreditlaufzeit ohne Ausnahme auf fünf Jahre begrenzt sehen will, haben sich die europäischen CEPES-Gruppen und das japanische KEIZAI DOYUKAI nicht auf eine gemeinsame Frist festgelegt.

Die Laufzeit der bilateralen Handelsabkommen soll ebenfalls begrenzt werden. Schließlich wird auf die Wichtigkeit direkter Kontakte in Form von ständigen Handelsvertretungen und Industrieaus-

stellungen sowie auf die Ausweitung des Kulturaustausches und des Tourismus zwischen Ost und West zur Intensivierung der Handelsbeziehungen hingewiesen.

Übereinstimmung besteht in der Ansicht, daß es falsch wäre, eine Osthandelspolitik anzustreben, die für die östlichen Handelspartner unannehmbar wäre. Für den Westen bestehe vor allen Dingen das Problem, diejenigen Beziehungen zum Osten zu fördern, die den westlichen Interessen am besten dienen. Dabei müssen natürlich die Interessen und Möglichkeiten des Ostens berücksichtigt werden. Von einer Koordinierung der Osthandelspolitik der westlichen Länder versprechen sich die Unternehmer folgende Vorteile:

1. Realisierung wirtschaftlicher Vorteile durch den Handel,
2. Vermeidung der Nachteile, die sich für private Unternehmer gegenüber Staatshandelsländern ergeben,
3. Aufrechterhaltung einer Embargo-Politik für den Export militärisch wichtiger Güter,
4. Unterstützung der Aufweichungstendenzen im Ostblock aus politischen und wirtschaftlichen Gründen sowie
5. eine Förderung der marktwirtschaftlichen Kräfte in den Wirtschaftssystemen des Ostens in der Hoffnung, gleichzeitig zu einer Verbesserung der politischen Beziehung zu freieren Gesellschaftssystemen zu gelangen.

C. F.